

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

25.09.2018

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung
am Dienstag, 25. September 2018 im Senatssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21.40 Uhr

Anwesenheit

Herr Dr. Ullrich Bittner	
Herr Rudi Duschek	
Herr Frank Embach	entschuldigt
Herr Gerd-Martin Rappen	in Vertretung für Herrn Axel Hochschild
Herr Dr. Jörn Kasbohm	
Herr Rene Kliewe	
Herr Jörg König	entschuldigt
Herr Christian Kruse	
Herr Thomas Lange	
Herr Sven Thonack	in Vertretung für Herrn Jürgen Liedtke
Herr Peter Madjarov	
Herr Christian Radicke	
Frau Carola Rex	
Frau Yvonne Görs	in Vertretung für Herrn Michael Steiger
Frau Dr. Monique Wölk	

Mitarbeiter der Verwaltung

Herr Michael Busch
Frau Grit Hanke
Herr Thilo Kaiser
Herr Winfried Kremer
Frau Franziska Peters
Frau Beate Schinkel
Herr Erik Wilde
Herr Steffen Winckler
Frau Jeannette von Busse
Frau Hardt

Gäste

Frau Ehlert, Ingenieurbüro AIV

Tagesordnung

1. Sitzungseröffnung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 28.08.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
(Bereich des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark –)
Dez. II, Amt 60
- 6.2. Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 6.3. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragsatzung
Dez. II, Amt 60
- 6.4. Bauvorhaben Schönwalde I: Umgestaltung des Knotenpunktes Lomonossowallee/Dubnaring/Einsteinstraße zur Kreisverkehrsanlage
Dez. II, Amt 66
- 6.5. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)
Dez. II, Amt 60
- 6.6. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
- 6.7. Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II)
SPD-Fraktion
7. Informationen der Verwaltung
8. Informationen aus der Greifswalder Agrarinitiative
9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
10. Informationen der Ausschussvorsitzenden
11. Sitzungsende

TOP 1. Sitzungseröffnung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Monique Wölk eröffnet um 18:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung, begrüßt alle Anwesenden und stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen sowie bei 13 anwesenden Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Es liegt eine Tischvorlage vor. Nach Begründung ihrer Dringlichkeit durch den Einbringer stimmen die Ausschussmitglieder über ihre Aufnahme als Top 6.8 in die Tagesordnung ab.

- Tischvorlage 06/1588: Gemeindliches Einvernehmen zum Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses in der Langen Straße/Kapaunenstraße und An der Jakobikirche
Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung als TOP 6.8: **Mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig auf die Tagesordnung gesetzt.**

Es liegen drei Änderungsanträge zu einzelnen Tops vor:

- Zu Top 6.3 „Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße...“ liegt ein Änderungsantrag der SPD Fraktion mit der Nummer 06/1589 vor.
- Zu Top 6.5 „Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze...“ liegt ein Änderungsantrag der SPD Fraktion mit der Nummer 06/1594 vor.
- zu Top 6.6 „Hafengebührensatzung 2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ liegt ein Änderungsantrag der SPD Fraktion mit der Nummer 06/1601 vor.

Mit den oben genannten Änderungen wird über die Tagesordnung abgestimmt.
Abstimmungsergebnis: Die geänderte Tagesordnung wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig bestätigt.

Hinweis:

Der nicht-öffentliche Teil der Sitzung entfällt, da weder die Niederschrift der nicht-öffentlichen Sitzung vom 28.08.2018, noch Beschlussvorlagen oder weitere Tagesordnungspunkte zur Beratung vorliegen.

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 28.08.2018

Die Niederschrift liegt nicht vor. Der Top wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Es gibt keine Fragen, Vorschläge oder Anregungen der Anwohner.

TOP 5. Beschlusskontrolle

Es liegen keine Beschlüsse zur Kontrolle vor.

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. 19. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 13 – Am Elisenpark –)

06/1559 Herr Kaiser bringt die Vorlage ein und erläutert die zu beschließenden Änderungen. Im Ausweitungsbereich des B-Planes Nr. 13 wurden einige Flächen als Wald klassifiziert. Dieser Bereich wird in den Flächennutzungsplan mit aufgenommen. Das Konzept zur Bebauung im Gebiet des B-Planes Nr. 13 bleibt von den Änderungen unberührt.

Herr Bittner fragt nach der Größe der Abstandsflächen zum Elisenhain. Herr Kaiser erklärt, dass die Abstandsfläche größer wird. Er führt zudem aus, dass die Universität die Änderung im Flächennutzungsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nicht eingefordert hat, sondern, dass das Prozedere im gegenseitigen Einvernehmen befürwortet wird.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 6.2. Bebauungsplan Nr. 115 - Am Aalbruch - der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

06/1556 Herr Kaiser bringt die Vorlage ein und erläutert die Hintergründe zur Beschlussvorlage. Der Eigentümer möchte auf der Fläche Wohnungsbau errichten. Frau Wölk weist darauf hin, dass die Änderungen im Bebauungsplan Nr. 115 in der Ortsteilvertretung Innenstadt vorgestellt und von den Mitgliedern der Ortsteilvertretung befürwortet wurden.

Herr Bittner fragt, ob die zukünftigen Revisionswege vom Fußgängerverkehr genutzt werden können.

Herr Kaiser will dem nachgehen.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

TOP 6.3. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung

06/1513 *Hinweis: es liegt ein Änderungsantrag (06/1589) der SPD Fraktion vor.*

Frau Hardt erläutert mittels einer Präsentation die Radwegführung und den bisherigen Prozess der Beteiligung von Bürger/-innen sowie der betroffenen Schulen. Sie

verdeutlicht, dass bestimmte technische Parameter und gesetzliche Regelungen hinsichtlich der Radwegführung einzuhalten seien.

Herr Lange bringt den Änderungsantrag der SPD Fraktion ein und erläutert, dass im Wesentlichen ein weiterer Punkt 6 in die Vorlage aufgenommen werden soll, der eine Beschlussfassung über die Planungen und verschiedene Varianten der Verkehrsführung durch die bürgerschaftlichen Gremien vorsieht.

Herr Kaiser weist darauf hin, dass die Art der Verkehrsführung keine Auswirkungen auf die in der Beschlussvorlage vorgesehene Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme hat.

Frau Hanke erläutert, dass mit dem Gymnasium, der Grundschule und dem Hort ein Termin für den 26.05.2018 vereinbart wurde, um die Gestaltung des Kreuzungsbereiches vorzustellen und zu besprechen.

Frau Wölk fragt nach der Gestaltung der Mülleimer und dem u.a. von der Ortsteilvertretung Schönwalde 2 geforderten Möwenschutz in Form einer Abdeckung. Frau Hanke sagt zu, die Möglichkeit zur Verwendung größerer und mit einem „Möwenschutz“ versehenen Mülleimer zu prüfen. Frau Hanke weist zugleich darauf hin, dass die Größe der vorgesehenen Mülleimer nach Einschätzung der Verwaltung ausreichend sei und auch der Möwenschutz ausreichend berücksichtigt worden sei.

Frau Wölk fragt weiter nach der Radwegführung und warum es nicht möglich sei, den Radverkehr auf einer eigenen Spur, möglichst baulich vom Fuß- und Autoverkehr getrennt, zu führen.

Frau Hanke möchte bzw. kann keine andere Planungsvariante vorstellen. Eine eigene Radwegspur kann nach der Straßenverkehrsordnung nur dann in einer Tempo 30 Zone angelegt werden, wenn eine Gefahrenlage vorhanden ist. Für eine bauliche Abtrennung wird seitens der Verwaltung kein Bedarf gesehen. Frau von Busse weist darauf hin, dass eine solche Lösung am Thälmann-Ring bzw. der an der Makarenkostraße nicht möglich sei. Herr Wilde erläutert, dass die primäre Nutzung der Straße durch Radfahrer die Lösung mit dem geringsten Gefahrenpotenzial für Radfahrer und Fußgänger darstelle und Schutzstreifen auf der Straße für Radfahrer im Grunde genommen nicht nötig seien.

Herr Bittner moniert, dass den Ausschussmitgliedern keine Mitbestimmungsmöglichkeit bei den technischen Parametern der Ausführung eingeräumt wird. Er hinterfragt die Führung des Radweges sowie die Breite der Radstreifen. Neben verschiedenen anderen Beispielen führt er v.a. die Probleme der geplanten Radwegführung im Thälmann-Ring aus. Diese sei überaus ungeordnet.

Herr Madjarov moniert ebenfalls die Breite der geplanten Radstreifen. Er bittet, die Breite v.a. im Thälmann-Ring noch einmal zu prüfen.

Herr Dr. Kasbohm schlägt eine Vor-Ort-Besichtigung bzw. eine Simulation der Radwegführung am Modell vor, um die Gesamtsituation der Verkehrsführung im Kreuzungsbereich plastischer darzustellen. Zudem bittet er um eine Terminierung der notwendigen weiteren Planungsschritte.

Der Änderungsantrag (06/1589) wird zu Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Vorlage 06/1513 wird im unveränderten Wortlaut zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

TOP 6.4. Bauvorhaben Schönwalde I: Umgestaltung des Knotenpunktes Lomonossowallee/Dubnaring/Einsteinstraße zur Kreisverkehrsanlage

06/1558 Frau Ehlert vom planenden Ingenieurbüro AIV stellt das Bauvorhaben vor und erläutert die Planung.

Frau Görs fragt nach dem zweiten Bus-Haltepunkt, da derzeit nur auf einer Straßenseite ein Bushaltepunkt angefahren wird.

Antwort: Die Option zur Errichtung eines zweiten Haltepunktes soll erhalten bleiben. Der dazu benötigte Raum soll freigehalten werden. Zudem wird der Haltepunkt derzeit auch von Reisebussen genutzt.

Herr Madjarov ist die Führung mit Radstreifen oder Radschutzstreifen nicht klar.

Frau Wölk fragt nach, ob an dieser Stelle eine bauliche Trennung von Fußweg, Radweg und Autofahrbahn geprüft werden kann.

Die Radwegführung wird noch einmal genauer aufgezeigt und erläutert. Frau Hanke führt aus, dass eine bauliche Trennung des Radweges im Kreisverkehr nicht möglich sei.

Herr Bittner fragt nach der Führung der Radwege über bzw. innerhalb des Kreisverkehrs.

Frau Hanke antwortet, dass das aktuelle Regelwerk die Führung innerhalb des Kreisverkehrs ermöglicht und diese Lösung für Radfahrer die sicherere sei.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 6.5. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)

06/1563 *Hinweis: Es liegt ein Änderungsantrag (06/1594) der SPD Fraktion vor.*

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein und erläutert die wesentlichen Änderungen in der Stellplatzsatzung. Neu ist die Aufnahme von Fahrradstellplätzen in die Satzung und eine Neuregelung der preislichen Modalitäten. Er geht zudem auf den Änderungsantrag zur Satzung ein und weist einen großen Teil der vorgeschlagenen Änderungen zurück. So würden einige der vorgeschlagenen Änderungen bereits durch die LBauO geregelt, die Begrifflichkeiten (z.B. „verschießbare Boxen“) seien nicht ausreichend definiert, ein Volumensatz von 100% für die Ablösung eines Stellplatzes sei unzumutbar und die

Berücksichtigung eines Mobilitätskonzeptes sei bei der Ablösung von Stellplätzen nicht handhabbar.

Frau Wölk erläutert die Intention des Änderungsantrages und verweist darauf, dass der angesetzte Volumensatz von 100% für die Ablösung eines Stellplatzes dazu beitragen soll, die problematische Parkplatzsituation zu entspannen. Die Aufnahme eines Mobilitätskonzeptes als mögliche Alternative zur Zahlung eines Ablösebetrages für Stellplätze diene dazu, Alternativen zum Individualverkehr bzw. zum Autoverkehr in der Stadt zu unterstützen.

Herr Madjarov widerspricht dem Hinweis von Herrn Kaiser auf die Regelungen in der LBauO. Er schlägt vor, über die einzelnen Punkte des Änderungsantrages interfraktionell sowie mit der Verwaltung zu sprechen. Zusätzlich sollten die Punkte Behindertengerechtigkeit/ Barrierefreiheit und Elektromobilität in der Satzung verankert werden. Dahingehend kündigt er einen weiteren Änderungsantrag zur Satzung an.

Herr Thonack spricht sich für eine Regelung für Fahrradabstellplätze aus. Er würde in der Praxis sogar mehr Fahrradabstellplätze schaffen, als die Satzung vorsehe. Kritisch betrachtet er unter Punkt 1.5 der Tabelle zu den Richtzahlen für Stellplätze/Fahrradabstellplätze den Begriff „altengerechte Wohnungen“. Hier bestehe ein Definitionsproblem.

Herr Kaiser wird diesen Sachverhalt prüfen.

Es entsteht eine intensive Diskussion über die Inhalte und die Intention der Satzung. Im Laufe der Diskussion geht es um die Frage, inwieweit zukünftigen Bauherren und Investoren Vorgaben zur Schaffung von Stellplätzen und Fahrradabstellplätzen gemacht werden und damit eine Verbesserung der Situation für Bürger/-innen bzw. Bewohner/-innen forciert wird; oder inwieweit man sich auf die Innovationskraft der Bauherren/Investoren selbst verlasse. Zudem würden die Regelungen aus dem Änderungsantrag zukünftige Bauvorhaben weiter verteuern. Speziell die Prüfung eines Mobilitätskonzeptes anstelle der Zahlung eines Ablösebetrages für einen Stellplatz sei seitens der Verwaltung personell nicht leistbar.

Herr Dr. Kasbohm stellt fest, dass die Art und Weise des Umganges miteinander bei einer solchen Vorlage aneinander vorbeiführt, da keine Weiterentwicklung der Satzung stattfindet. Herr Bittner moniert, dass ein wenig konstruktiver Umgang mit Änderungsvorschlägen zur Beschlussvorlagen herrsche. Mal seien sie zu allgemein, mal zu detailliert. Er bittet um einen sachorientierten und konstruktiven Umgang mit Veränderungsvorschlägen.

Frau Görs macht einen Vorschlag zum zukünftigen Verfahren bei Satzungen. Nach einer ersten Lesung sollten alle Beteiligten die Möglichkeit zur Formulierung von Änderungsvorschlägen haben, so dass dies im nächsten Gremienlauf behandelt werden können.

Frau Wölk fasst die Debatte inhaltlich zusammen und schlägt vor, die Änderungsanträge zur Satzung interfraktionell und gemeinsam mit der Verwaltung zu besprechen. Eine Abstimmung könne im nächsten Gremienlauf erfolgen.

Herr Kaiser spricht sich gegen diesen Vorschlag aus. Die Verwaltung sieht die Notwendigkeit, die Satzung möglichst schnell zu verabschieden.

Hinweis: Herr Kruse hat die Sitzung um 19.35 Uhr verlassen.

Der Änderungsantrag (06/1594) wird zu Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltung abgelehnt.

Die Vorlage 06/1563 wird im unveränderten Wortlaut zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wird in der vorliegenden Form wird mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen angenommen.

TOP 6.6. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1522 *Hinweis: Es liegt ein Änderungsantrag (06/1571) der CDU Fraktion vor.
Hinweis: Es liegt ein Änderungsantrag (06/1601) der SPD Fraktion vor.*

Herr Lubs bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert knapp den Hintergrund zur Vorlage. Er erinnert an den Werdegang der Beschlussvorlage bis zum jetzigen Stand.

Herr Liedtke stellt den Änderungsantrag der CDU Fraktion vor und begründet diesen.
Herr Lange stellt den Änderungsantrag der SPD Fraktion vor und begründet diesen.

Herr Radicke plädiert dafür, die Liegegebühren für die Seglervereine aus der Hafengebührensatzung herauszulösen und stattdessen durch die Sportförderrichtlinie zu regeln. Eine solche Lösung sei auch im Ausschuss für Soziales und Sport diskutiert worden.

Herr Lubs führt aus, dass eine Gebührenbefreiung nicht zulässig sei und daher für die Seglervereine nicht zur Anwendung kommen könne.

Herr Kasbohm erklärt, dass das Auseinandernehmen der Kalkulation nicht zu empfehlen sei. Ebenso findet Punkt 3 der Satzung keine Unterstützung.

Frau Wölk erkundigt sich nach der Berechnungsgrundlage für die angenommene Entwicklung der BRZ-Zahlen und möchte wissen, auf welcher Wassertiefe diese basieren. Sie fragt zudem nach dem Abschreibungszeitraum von 10 Jahren, obwohl die weiteren Ausbaggerungen zukünftig alle fünf Jahre stattfinden sollen.

Herr Lange fragt nach, warum die Zahlen der Stadt von denen des WSA abweichen.

Herr Lubs erklärt, dass die Entwicklung der BRZ-Zahlen auf der Tiefe von 6,90 m basieren. Die Prognose zur Entwicklung der BRZ-Zahlen stamme von der HLG und sei durch den Abgleich mit dem Hafenentwicklungsplan sowie mit den Erfahrungen aus früheren Ausbaggerungen validiert worden. Herr Lubs erklärt weiterhin, dass die erste Ausbaggerung weitaus teurer sei als die folgenden, da mehr Sand bewegt werden müsse.

Der Änderungsantrag der CDU Fraktion (06/1571) wird zu Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD Fraktion (06/1601) wird zu Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Die Vorlage 06/1522 wird im unveränderten Wortlaut zur Abstimmung gestellt

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wird in der vorliegenden Form mit 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

TOP 6.7. Lebensqualität und Sauberkeit in den Quartieren – das Stadtbild pflegen II („Saubere Stadt“ II)

06/1549 Herr Lange bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert ihren Hintergrund. Ziel sei es, die Ergebnisse der AG Saubere Stadt um einige konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt zu ergänzen und das Thema Umweltbildung stärker in den Blick zu nehmen.

Frau Hanke weist auf die mit der Beschlussvorlage verbundenen Kosten hin und moniert die restriktiven Formulierungen (bspw. „sind zu ersetzen“).

Herr Kaiser weist zudem auf die nicht korrekte Nennung einiger Ämter hin.

Herr Rappen meint, dass die Kinder und Jugendliche bereits ausreichend auf die Thematik der Müllvermeidung und -beseitigung hingewiesen werden. Er merkt zudem an, dass die Beschlussvorlage zwar Graffitis, nicht aber Aufkleber oder Unkraut im Straßenraum als problematisch benennt.

Den Vorschlag, die Kleingärten an die Müllentsorgung anzuschließen, sieht er kritisch.

Frau Görs moniert die Bezeichnung Graffiti und meint, es ginge um Beschmierungen im öffentlichen Raum. Zudem würden menschenverachtende Graffitis bereits zum jetzigen Zeitpunkt schnell entfernt.

Herr Duschek schlägt vor, die städtischen Einnahmen aus der Hundesteuer für die durch die Beschlussvorlage entstehenden Kosten zu verwenden.

Frau von Busse erläutert dazu, dass Steuern keine zweckgebundenen Einnahmen seien.

Frau Wölk geht noch einmal auf den Hintergrund der Beschlussvorlage ein und sagt zu, die Formulierungen unter Punkt 2 der Vorlage bis zur Bürgerschaftssitzung zu überarbeiten und weniger restriktiv zu formulieren.

Frau Rex beantragt Einzelabstimmung über die beiden Punkte der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: Punkt 1 der Beschlussvorlage wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: Punkt 2 der Beschlussvorlage wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 6.8. Gemeindliches Einvernehmen zum Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses in der Langen Straße/Kapaunenstraße und An der Jakobikirche

06/1588 Herr Kaiser stellt die Tischvorlage vor und erläutert den Sachverhalt.

Herr Bittner erkundigt sich nach den eingesetzten Materialeialien für das Dach.
Herr Kaiser führt aus, dass hier eine Bitumeneindeckung vorgesehen ist. Die geringe Dachneigung ist den Bebauungsverhältnissen im 19. Jh. nachgebildet.

Frau Görs erkundigt sich nach der Zufahrt zur Tiefgarage und nach der Gründung.
Antwort: Die Zufahrt erfolgt von der Straße An der Jakobikirche. Es ist wird voraussichtlich eine Pfahlgründung geben. Die Arbeiten sollen noch 2018 beginnen.

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 7. Informationen der Verwaltung

Herr Kremer informiert über die aktuellen Hochbauvorhaben der Stadt. Der Bericht ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

Herr Kliewe erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem aktuellen Stand der Planungen zum Parkhaus am Nexö-Platz. Dazu führt Herr Kaiser aus, dass derzeit die Abwägung zu den Stellungnahmen der Träger Öffentlicher Belange vorgenommen wird. Herr Rappen fragt hinsichtlich des Stands der Arbeiten an der Ernst-Moritz-Arndt-Schule nach. Hierzu antwortet Herr Kremer, dass es zwar Verzögerungen im Baugeschehen gebe, die Fertigstellung aber in 2019 eingehalten wird. Die Übergabe soll zu Beginn des Schuljahres 2019/20 erfolgen.

Herr Kaiser informiert über das Cobium-Projekt, an dem die Stadt Greifswald in Zusammenarbeit mit der Universität Greifswald beteiligt ist. Im Rahmen des Projektes werden ab Oktober 2018 zwei Lastenräder zum Test für die Verwaltung bereitstehen. In 2019 wird die Zahl der Testräder erhöht. Sie können z.B. von Unternehmen oder sozialen Einrichtungen zum Test eingesetzt werden.

Herr Kaiser informiert außerdem über die Weiterführung der Lärmaktionsplanung. Die erste Öffentlichkeits-Veranstaltung dazu findet am 17.10.2018 statt.

TOP 8. Informationen aus der Greifswalder Agrarinitiative

Herr Dr. Kasbohm informiert über die Treffen der Greifswalder Agrarinitiative, an denen die entsandten Mitglieder des Bauausschusses sowie deren Vertreter/-innen teilgenommen haben. Er richtet die Bitte an Herrn Kremer, hinsichtlich zukünftiger Pachtvertragsänderungen klare Regelungen zu den Rechten und Pflichten der Pächter/-innen zu formulieren.

Herr Kremer erläutert hierzu, dass eine Anpassung der Pachtverträge vorgenommen wird, und dass hierzu im Dezember eine Informationsveranstaltung stattfinden soll. Alle Pächter erhalten darüber hinaus ein Informationsschreiben.

Frau Wölk weist auf die Tagung der Agrarinitiative sowie auf die zugehörigen Exkursionen zu Landwirten in der Region am 10.10. und 11.10.2018 hin.

TOP 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Radicke fragt nach Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der problematischen Verkehrssituation an der Europakreuzung. Aufgrund der Baustelle gebe es derzeit einen starken Verkehrsstau.

Die Verwaltung sieht hier keine Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen.

Herr Lange erkundigt sich nach dem Stand der Planung bzw. Umsetzung des geplanten Parkplatzbaus der HanseYachts AG.

Antwort: Es gibt keinen neuen Stand hierzu.

TOP 10. Informationen der Ausschussvorsitzenden

Frau Wölk weist darauf hin, dass derzeit die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes/ -fachplanes für die Stadt Greifswald erfolgt und dass das Konzept voraussichtlich zur nächsten Sitzung vorgestellt wird.

TOP 11. Sitzungsende

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Wölk, beendet die öffentliche Sitzung um 21:40 Uhr, dankt für die Teilnahme und wünscht allen Ausschussmitgliedern einen schönen Abend und einen guten Weg nach Hause.

gez.
Dr. Monique Wölk
Ausschussvorsitzende

gez.
Michael Busch
für das Protokoll